

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 01/2017

24. Jahrgang

27. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Januar 2017

## Stadt mauert weiter bei der Kitafinanzierung

*OB befürchtet unsichere Rechtslage bei der Finanzierung zusätzlicher Betreuungszeiten*

Im September 2016 hatten Potsdamer Eltern vor dem Rathaus eine deutliche Verbesserung der Personalausstattung in den Potsdamer Kitas eingefordert. Auf Initiative der LINKEN



beschloss die SVV damals mit breiter Mehrheit, von der Verwaltung berechnen zu lassen, welche Mittel erforderlich wären, um den vom Kitagesetz eigentlich vorgesehenen Personalschlüssel auch zu realisieren. Die Zahlen wurden von der Verwaltung im September vorgelegt. In der Januar-Sitzung forderte die Linksfraktion nun die logische Konsequenz aus diesen Vorarbeiten ein. Stefan Wollenberg brachte für die Fraktion zwei Anträge ins Plenum: Im ersten Antrag fordert die Fraktion ein Rechtsgutachten ein, mit dem geklärt werden soll, ob das Land in der Pflicht ist, das fehlende Kita-Personal zu finanzieren, wie dies von der Stadt in der Vergangenheit immer behauptet wurde. Im zweiten Antrag wird die Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung gefordert - für Betreuungszeiten bis zu 10h. In Potsdam werden 45% der 0-3-jährigen und 38% der 3-6-jährigen 10h täglich in den Kitas betreut. Finanziert werden derzeit aber nur Betreuungszeiten von 7,5 Stunden pro Kind.

Beide Anträge wurden zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Überraschend in der Diskussion war vor allem die Einlassung des Oberbürgermeisters. Jahrelang hat die Stadt gebetsmühlenartig immer wieder erklärt, dass allein das Land für eine auskömmliche Finan-

zierung des Personalschlüssels in den Potsdamer Kitas zuständig ist. Außer freudlichen Anfragen hat sie aber nicht viel unternommen, um den von ihr postulierten Rechtsanspruch auch durchzusetzen.

Jetzt, da DIE LINKE ein Rechtsgutachten zur Klärung dieser Frage und als Vorstufe einer möglichen Klage gegen das Land einfordert, rudert der OB plötzlich zurück. Wenn das Gutachten zu dem Ergebnis käme, dass die Rechtslage unklar sei, müsse man sich auch damit auseinandersetzen, begründete er seinen Überweisungsantrag im Plenum. Dieser Sinneswandel überrascht doch sehr, gab sich die Verwaltung doch bisher stets felsenfest überzeugt von der Finanzierungspflicht des Landes.

Eines ist jedenfalls unstrittig – nämlich der Rechtsanspruch der Kinder auf Betreuung. Und da unterscheidet das Kitagesetz auch nicht zwischen einem Kernanspruch auf eine qualitativ angemessene Betreuung für 7,5 Stunden und einer bloßen „Aufbewahrungspflicht“ darüber hinaus. Auch hat die Stadt keinerlei Schwierigkeiten damit, eine entsprechende Beitragsstufe für Betreuungszeiten über 8h in der Beitragsordnung abzubilden. „Es ist sicherzustellen, dass der Betreuungsanspruch der Kinder endlich auch realisiert wird. Die Finanzierung ist im Innenverhältnis zwischen den Beteiligten – Stadt und Land – zu klären. Alles andere ist Kindern, Eltern und ErzieherInnen wirklich nicht mehr zu vermitteln!“, erklärte Stefan Wollenberg im Anschluss an die SVV-Debatte.

### Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

*mehr als die Hälfte der fünfjährigen Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung ist um. Deshalb stand die erste Sitzung in diesem Jahr symbolisch unter dem Vorzeichen eines Bergfests, das im Anschluss an drei Stunden intensiver Diskussion gefeiert wurde.*



*Nach dem Scheitern der Rathauskooperation ist eine insgesamt konstruktive Atmosphäre zu spüren. Schließlich sind jetzt nicht mehr nur SPD, CDU und Grüne, sondern alle Fraktionen in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Ein erster Beweis für das Funktionieren von wechselnden Mehrheiten war die erfolgreiche Wahl von Herrn Rubelt in das Amt des Baubeigeordneten in einer Sondersitzung am 9. Januar. Bereits im ersten Wahlgang erhielt der von den Linken schon im Dezember favorisierte Kandidat mit 39 Stimmen zehn mehr als erforderlich. Die nächsten Bewährungsproben stehen mit der Neubesetzung der Spitze des Bildungs- und Kulturreports und dem Beschluss zum Haushaltsplan der Stadt für 2017 an. Beides soll im März erfolgen. Die Linksfraktion wird ihren Beitrag dazu leisten, dass eine gute Wahl erfolgt und tragfähige Entscheidungen zum Haushalt für dieses Jahr getroffen werden. Wir wollen dabei unsere Akzente setzen, so mit der Durchsetzung des Anspruchs auf ein kostenloses Schulesystem für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler und mit der Verbesserung der Betreuungszeiten in Kitas. Ich freue mich auf eine hoffentlich faire und verantwortungsvolle Diskussion.*

*Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

## Wir feiern Bergfest!

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

seit nunmehr zweieinhalb Jahren arbeite ich für die LINKE in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. Es waren zweieinhalb Jahre, in denen wir intensiv diskutiert und auch gelacht haben. Meiner Meinung nach zwei wichtige Attribute, die notwendig sind, um die Interessen der in Potsdam lebenden Menschen zu vertreten. Birgit Müller sagte am Mittwoch zum Empfang der Stadtverordneten sehr treffend, dass die Qualität der Versammlungen merklich zugenommen hat. Ich begrüße diesen positiven Umstand sehr. Wir diskutieren konstruktiver über Anträge und steigen sachlicher in die Debatten ein. In meinen Augen ein positives Zeichen, dass die Fraktionen begriffen haben, dass persönlich zu werden den Menschen der Stadt wenig bringt, insbesondere, da die letzte Sitzung 2016 mit der Wahl eines Beigeordneten stark an ein Zerren und Ziehen der eigenen Belange und weniger daran erinnerte, dass es um ein gemeinsames Miteinander der Fraktionen geht. Ich bin für die nächsten Jahre optimistisch, dass Sticheleien und böartige Kommentare nunmehr weitestgehend der Vergangenheit angehören. Denn wie wollen wir Kindern und Jugendlichen das Vertrauen in die und die Freude an der Politik nahebringen, wenn es uns Erwachsenen nicht gelingt, in Debatten sachlich zu bleiben.



Kati Biesecke

Nachdem die SVV im September in Folge des Bürgerbegehrens weitreichende Änderungen zu den Plänen bei der weiteren Entwicklung der Potsdamer Mitte beschlossen hatte, legte die Verwaltung nun die Vergaberegeln für die Blocks III & IV des Sanierungsgebietes vor. Bereits im Vorfeld hatte es einige Aufregung auch in der Öffentlichkeit gegeben. Unter anderem die Genossenschaften hatten moniert, dass die angedachten Vergaberegeln, insbesondere die anteilige Schaffung mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraums, durch sie aufgrund ihrer Satzungen nicht realisierbar seien. In den Ausschüssen wurde allerdings bereits deutlich, dass die Differenzierung hier auch in den einzelnen Blockstrukturen erfolgt. So ist im Block III verstärkt sozialer Wohnungsbau vorgesehen, während im Block IV eine kleinteilige abwechslungsreiche Struktur entwickelt werden soll. Genau diese Kleinteiligkeit war dann auch noch einmal Gegenstand intensiver Diskussionen. Die Verwaltung hatte in ihrem Ausgangsentwurf vorgeschlagen, dass ein Bieter nicht mehr als drei nebeneinanderliegende straßenseitige Lose erwerben können sollte. Dies traf auf Widerspruch in den Debatten. Die dafür eingesetzte interfraktionelle

Arbeitsgruppe verschärfte die Beschränkung soweit, dass ein Erwerb benachbarter Lose grundsätzlich ausgeschlossen werden sollte. Zweck der Regelung war es, eine Dominanz großer Investoren zu verhindern und auch Chancen für kleinere Bieter zu schaffen. Da dieser Umstand unter Umständen auch eine wirtschaftliche Bebauung für die eigentlich gewünschten Genossenschaften erschwerte, bot die LINKE noch einmal einen Kompromiss an: Bei einzelnen besonders schmalen Grundstücken wollte die Fraktion eine Arrondierung mit einem benachbarten Los ermöglichen. Dies wurde von einer Mehrheit im Plenum jedoch abgelehnt. Damit sinkt allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass die Potsdamer Genossenschaften im Block IV überhaupt zum Zuge kommen.

Die wichtigste Botschaft kam zum Schluss vom OB: zwar würden die Interessenbekundungsverfahren nun soweit wie möglich vorbereitet. Es werden aber keine Ausschreibungen erfolgen, bevor die Entscheidung des Verwaltungsgerichts über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zur Potsdamer Mitte vorliegt. Die Urteilsverkündung ist für den 2. März vorgesehen.

### Fragen – Antworten

#### Parkeintritt

Im Herbst hatte die Stadt eine Umfrage zu den Welterbeparks durchgeführt. Zumindest für DIE LINKE. kam ein Ergebnis wenig überraschend: eine klare Mehrheit der Potsdamer\_innen lehnt den Parkeintritt nach wie vor konsequent ab. Sascha Krämer will deshalb vom Oberbürgermeister wissen, was dieser unternehmen will, um diesen Auftrag umzusetzen. Jann Jakobs verweist in seiner Antwort darauf, dass es eine klare Beschlusslage auch der Stadtverordneten gäbe, die er gegenüber dem Stiftungsrat auch vertrete. Allerdings ist die Stadt dort nur mit beratender Stimme vertreten. Es bleibe abzuwarten, wie der Stiftungsrat nach der Neubesetzung durch den Regierungswechsel in Berlin mit dem schon gefassten Beschluss zur Einführung des Parkeintritts umgehen werde. Im Moment ist die Aussetzung des Eintritts an die Zahlung eines städtischen Zuschusses gekoppelt. Spätestens mit den Haushaltsberatungen 2018/19 muss die SVV entscheiden, ob dieser Zuschuss auch künftig weiter gezahlt werden soll.

#### IT-Leasing an Schulen

Vor zwei Jahren hatte die Verwaltung zu Gunsten einer regelmäßigen Erneuerung der PC-Technik an Potsdams Schulen be-

gonnen, die Beschaffung auf ein Leasing-Verfahren umzustellen. Zum Jahresende erhielten die eigentlich vorgesehen Schulen die Information, dass das Verfahren nicht fortgesetzt werden könne. Stefan Wollenberg wollte deshalb wissen, wie die dringend notwendige Erneuerung der Computer an den Schulen nunmehr gewährleistet werden soll. Frau Dr. Magdowski antwortete für die Verwaltung, dass die Einstellung des Leasings auf rechtliche Probleme zurückzuführen sei. Deshalb sei nun alternativ die Miete der Technik geplant. Das dafür erforderliche europaweite Ausschreibungsverfahren laufe derzeit. Zur erforderlichen Zeitschiene will die Verwaltung im nächsten Bildungsausschuss berichten.

#### Parkhaus am Waldstadt-Center

Am Waldstadtcenter wird kein Parkhaus entstehen. Dies teilte Burkhard Exner auf Anfrage des Stadtverordneten Wollenberg mit, der mit seiner Frage auf Anwohnerberichte Bezug nahm. Zwar sei dies bei früheren Umbauplänen Gesprächsgegenstand gewesen, wurde aber kein Teil der aktuellen Baugenehmigung. Der Umbau des Centers wurde gerade abgeschlossen. Die Planungen würden vom Eigentümer derzeit auch nicht weiterverfolgt. Die Verwaltung schätzt die Stellplatzsituation vor Ort auch als ausreichend ein.

## Beschlossen

### Wohnheimplätze am Luftschiffhafen

In den vergangenen zwei Jahren hatte es wiederholt Versuche gegeben, Schülern der Sportschule, die ihren Leistungssportlichen Auftrag verloren hatten, den Mietvertrag für ihren Internatsplatz zu entziehen, obwohl sie die Schule bis zum Abitur ja weiterbesuchen. Begründet wurde dies seitens der Luftschiffhafen GmbH als von der Stadt beauftragtem Betreiber mit Platzkapazitäten, dem Bedarf an einem Platzkontingent für externe Vermietungen und zum Teil auch mit pädagogischen Problemen bei der Mischung von Leistungssportlern und anderen Schülern im Wohnheim. Auf Antrag der LINKEN beschloss die SVV nun mit großer Einhelligkeit eine Präzisierung des Auftrags an die GmbH. Danach soll eine Verweisung von Schülern ohne Leistungsauftrag an andere Internate (z.B. am Schlaatz) nur dann möglich sein, wenn die 100%ige Auslastung der Wohnheimplätze nachgewiesen ist.

### Parken in der Schiffbauergasse

Für die Gäste des Ehrenamts- und des Integrationspreises wollte DIE LINKE die Möglichkeit des kostenlosen Parkens am Veranstaltungsabend in der Schiffbauergasse durchsetzen. Das Votum des Hauptausschusses reduzierte diesen Anspruch bereits auf die kostenfreie Anreise mit dem ÖPNV unter Vorlage der Einladungskarte. Mit dieser Änderung wurde der Antrag von der SVV mehrheitlich beschlossen.

### Kurzstrecke wieder auf 6 Stationen verlängern

Mit der VBB-Tarifanpassung zum 1.1.2017 war die Kurzstrecke in Potsdam nicht nur

teurer geworden, sondern auch auf vier Stationen verkürzt worden. DIE LINKE wollte mit ihrem Antrag durchsetzen, diese Verkürzung wieder aufzuheben. Der Hauptausschuss ergänzte, dass die Wiederanhebung der Streckenlänge für den VIP kostenneutral erfolgen soll. Mit dieser Änderung wurde der Antrag beschlossen. Wann die Änderung allerdings wirksam wird, ist derzeit noch unklar.

### Rauchverbot an Haltestellen

Ein generelles Rauchverbot an den Potsdamer ÖPNV-Haltestellen ist nach Darstellung der Verwaltung nicht durchsetzbar. Stattdessen wird der Oberbürgermeister mit dem geändert beschlossenen Antrag der LINKEN nun aufgefordert, gemeinsam mit dem VIP eine Kampagne für einen Rauchverzicht in den Haltestellenbereichen vorzubereiten. Dabei sollen Erfahrungen aus anderen Kommunen einbezogen werden.

## Überwiesen

### Nuthestraßenabfahrt Zentrum-Ost

Bereits im vergangenen Jahr hatte DIE LINKE Forderungen von Anwohnern aufgegriffen, die Schließung der Schnellstraßen-Abfahrt am Humboldtring rückgängig zu machen und eine Einwohnerversammlung hierzu durchgesetzt. Die dort anwesenden gut 100 Bürger\_innen sprachen sich nahezu einhellig für eine Wiedereröffnung aus. Da die Verwaltung trotz dieser klaren Forderung der Anwohner keine Notwendigkeit sieht, entsprechende Schritte einzuleiten, hat DIE LINKE dieses Anliegen nun in einen entsprechenden Antrag gekleidet. Die Verwaltung begründet ihre Ablehnung auch mit den angeblich entstehenden Kosten von bis zu

800.000 Euro. Diese Kosten wären ebenso erforderlich wie die für den Rückbau bereits entstandenen, wenn man die Frage vorab mit den Anwohnerinnen thematisiert hätte. Der Antrag wurde in den Bau-, Haupt- und den Umweltausschuss überwiesen.

### Bestellung der Geschäftsführer städtischer Unternehmen

Die Geschäftsführer städtischer Unternehmen werden derzeit von der Gesellschafterversammlung, in der Regel also vom Oberbürgermeister als Alleingesellschafter bestellt. Diese Praxis möchte DIE LINKE mit ihrem Antrag ändern. Künftig sollen die Geschäftsführungen von den jeweiligen Aufsichtsräten bestellt werden. Dazu ist zunächst die Änderung des Mustergesellschaftsvertrages erforderlich. Der entsprechende Antrag der Fraktion wird im Hauptausschuss weiter verhandelt.

### Inka Unverzagt und Hannah Ahrendt werden in Straßennamen-Pool aufgenommen

Auf Antrag der LINKEN wird die Ballettmeisterin Inka Unverzagt, die seit 1954 am Potsdamer Hans-Otto-Theater und in zahlreichen Defa-Filmproduktionen mitwirkte und im Oktober vergangenen Jahres verstarb, in den Pool für neue Straßennamen aufgenommen. Dies gilt ebenso für die Philosophin und politische Theoretikerin Hannah Ahrendt, die vor allem auch durch ihre Arbeiten zum Totalitarismus und zum Massenmord an den Juden wissenschaftliche Weltgeltung erlangt hat. Sie lebte und arbeitete in den 1920er Jahren mit ihrem Mann, dem österreichischen Philosophen Günther Stern in der Babelsberger Merkurstraße.

Diesmal durch eine verhältnismäßig kurze Sitzung der SVV gewonnene Zeit nutzten die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Birgit Müller (DIE LINKE.) und Oberbürgermeister Jann Jakobs, um die Stadtverordneten zu einem kleinen Empfang anlässlich der Halbzeit der Legislaturperiode einzuladen. Auch wenn diese strenggenommen schon zur Novembersitzung erreicht war - Feste soll man eben feiern wie sie fallen. Und diese Gelegenheit nutzten auch die meisten Stadtverordneten zu einem lockeren Plausch über Fraktionsgrenzen hinweg. Der Oberbürgermeister und die Stadtprä-

# Bergfest in der SVV

sidentin nutzten die Gelegenheit jeweils für eine kurze Bilanz des bisherigen Geschehens und für wechselseitige Dankesworte an die Verwaltung bzw. die Stadtverordneten. So war unter anderem zu erfahren, dass die Stadtverordneten inzwischen deutlich weniger Zeit im Plenum verbringen als noch in der vorigen Legis-

latur, bisher hat es nur zwei Fortsetzungssitzungen in zweieinhalb Jahren gegeben, auch das maximale Zeitfenster bis 22.00 Uhr wurde nur noch gelegentlich ausgereizt. Übereinstimmend wurden die Beigeordnetenwahlen des vergangenen Jahres als politische Tiefpunkte der Wahlperiode gesehen. Allerdings sorgen sie im Ergebnis nun auch für deutlich spannendere Verhältnisse in der SVV. Die fehlenden klaren Mehrheiten ermöglichen vielleicht wieder mehr als bisher einen Wettbewerb um die besten Ideen für die Stadt. Das könnte sich schon in den laufenden Haushaltsberatungen erweisen.





### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107;  
Beginn jeweils 18 Uhr  
06.; 13.; 20. und 27. Februar 2017;  
06.; 13. und 20. März 2017

### 28. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal  
01. März 2017, Beginn 15 Uhr

### Frühschoppen Rathausreport Live

05. März 2017, Beginn 10 Uhr  
Bürgerhaus Stern\*Zeichen, Galileistraße 37/39; Stadtteil Am Stern

### Ausgabe des „Rathausreport“ Nummer 02/2017

Stadthaus, Raum 3.107  
10. bis 14. März 2017  
(außer Sa. und So.)

### Info- Stände in den Stadtteilen

10. und 11. März 2017  
Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 28. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2017

### Bürgersprechstunde Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg (MdB) und Fraktionsvorsitzender

Am 21. 2017 von 17 Uhr bis 18 Uhr  
Im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Voranmeldungen sind möglich unter:  
Tel: 0331/6005069  
Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

## Noch immer frischer Wind im „Club 91“

Wer den „Jugendclub 91“ noch von früher kennt, der freut sich über das neue farbenfrohe Outfit des Gebäudes in der Kastanienallee 22d. Und kein Geringerer als Klubchef Peter Neumann begrüßte am 29. Januar die Gäste zum Polit-Frühschoppen „Rathausreport live“ in seinem Hause.

Mit Heimvorteil leitete Dr. Karin Schröter dieses traditionelle Treffen von LINKEN-Stadtverordneten mit BürgerInnen. Schließlich ist Potsdam-West ihr Wahlkreis. An ihrer Seite – ebenfalls mit Heimvorteil – Ralf Jäkel. Dazu noch die Fraktionsgeschäftsführerin Dr. Sigrig Müller. Ein auskunftsträchtiges Team also. „Die 2. Hälfte der Legislaturperiode hat begonnen. Es ist noch Einiges aufzuarbeiten. Nun werden wir sehen, wie das neue Prinzip der wechselnden Mehrheiten zur Wirkung kommt“, so gleich zu Beginn Dr. Schröter.

Der erste Teil des Frühschoppens vollzog sich wie üblich, indem die Abgeordneten die SVV-Sitzung vom 27. Januar auswerteten (siehe Innenteil des „Rathausreports“). Etwas ausführlicher widmeten die Stadtverordneten solchen Themen wie „Wohnen in Potsdams Mitte“; dem „Kurzstreckenticket“, dem „Rauchverzicht an Haltestellen“ und der „Kita-Betreuung“. Besonders zum Problem der Potsdamer Mitte war das Fachwissen vom Bauausschussvorsitzenden Jäkel gefragt. Er hob hervor, dass die Forderung der LINKEN – eine Beteiligung der Wohnungsbaugenossenschaften – zunächst erreicht wurde. Alles in allem sei jedoch abzuwarten, wie die Gerichte in Sachen Rechtmäßigkeit der Bürgerbefragung entscheiden.

„Soll die Zeppelinstraße wirklich auf je eine Spur in beide Richtungen beschränkt werden?“, fragten die Teilnehmer. Alle waren sich einig, dass das nur noch mehr

Stauprobleme auf dieser Straße verursachen würde. Und ob die Schadstoffbelastung wirklich geringer werden würde, sei noch zu beweisen. Im Zusammenhang mit Verkehrsproblemen wurde dann auch die Schließung der Abfahrt von der Nuthestraße nach Zentrum-Ost als unsinnig bezeichnet.

Diese Maßnahme sei nie von der SVV beschlossen worden und zurück zu nehmen – so auch die einhellige Meinung der Frühschoppen-TeilnehmerInnen.

Im zweiten Teil erläuterte Dr. Müller die neueste Bürgerbefragung zu den

Weltkulturerbeparks. Hier kam auch die Frage nach einem Eintrittsgeld für die Parks in die Diskussion. Die Mehrheit blieb bei einem Nein für diese Maßnahme: „Was immer kostenfrei war, sollte auch so bleiben. Eine Eintrittsgeldforderung wäre ein Rückschritt!“ Zur Gesamtproblematik ist zu empfehlen, unter [www.potsdam.de](http://www.potsdam.de) weiter zu lesen. Dort ist die diesbezügliche Broschüre einsehbar.

Abschließend kam der Clubchef zur Wort. Er stellte sehr engagiert seine Einrichtung vor. 1968 gegründet hat der Club seine Hochs und Tiefs erlebt. Besonders problematisch wurde es um die „Wende“ herum. Hier war eine Zwangspause angesagt. 1993 wurde der Club wieder eröffnet und 1995 in die Trägerschaft des Stadtsportbundes übernommen. Seither ist – neben der üblichen Clubtätigkeit – ein sportorientierter Club in Aktion. So genannte Randsportarten werden dort trainiert – vom Fitnessbereich bis zum Boxen. Exkursionen zu Sportvereinen finden statt.

Seit 1995 findet die Reihe „Talk im Club“ statt. Der erste Gast war damals übrigens Rolf Kutzmutz. „In diesem Jahr erwarten wir Gregor Gysi“, hob Clubchef Peter Neumann hervor. Ein gutes Omen, finden wir.

-bm



# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: [DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de](mailto:DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de)

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam